Die Labour Party ist keine Alternative zu Thatcher-Regime : die Linke als konservative Kraft

Autor(en): **Küchler, Katrin**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **67 (1988)**

Heft 11

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340649

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die Linke als konservative Kraft

Katrin Küchler berichtet vom Kongress in Blackpool

Labour Party ist für die britische Wählerschaft noch keine Alternative zu Thatcher.
All jene, die im Grossbritannien Margret Thatchers nicht zu den «fittest» gehören – und sie werden immer mehr – suchen eine Alternative. Doch die Premierministerin, deren politischer Kurs immer grössenwahnsinnigere Züge annimmt, sitzt fest im Sattel: Aus den Wahlen von 1987 ist ihre Partei, dank dem ungerechten Wahlsystem, gestärkt hervorgegangen, obwohl nur eine Minderheit der Wählerschaft und regional nur gerade der wirtschaftlich prosperierende Süden hinter ihr stehen.
In den nunmehr neun Jahren ihrer Regierungszeit hat Margret Thatcher das politische und gesellschaftliche Leben Grossbritanniens nachhaltig verändert: Zwei Drittel aller Britinnen und Briten besitzen ein Häuschen, und vor allem stehen inzwischen 9 Millionen Aktionären 8,5 Millionen Gewerkschafter und «nur» 2,27 Millionen Arbeitslose gegenüber. Die alten Muster des Klassenkampfes haben also ausgedient. Jede Partei, die in der Nach-Thatcher-Ära, die allerdings in immer weitere Ferne zu rücken scheint, die Regierungsverantwortung auf der Insel übernimmt, muss sich diesen Gegebenheiten in der einen oder anderen Weise anpassen.
Ausser der Post sind alle öffentlichen Dienstleistungsbetriebe privatisiert worden, wobei sich die Bilanzen verbessert haben, der Service aber im besten Fall gleich geblieben ist wie unter den Labour-Bürokraten der späten siebziger Jahre.
Das von Frau Thatcher bedingungslos unterstützte Spiel des freien Marktes hat eine ganz neue Gesellschaft geschaffen, mit einer Spezie Mensch, die sogar den Konservativen bis vor kurzem unbekannt war: «Yuppies» (young urban professionals) werden sie salopp genannt.
Doch Yuppie meint inzwischen weit mehr: Yuppies sind jene «jungen Wölfe», die ohne Rücksicht auf Verlust nur den eigenen Konsumtrip im Auge haben.

Wen soll man wählen?

Das britische Wahlsystem ist auf zwei Parteien ausgelegt: Die Mehrheit im Parlament stellt jene Partei, die bei Majorzwahlen mehr Abgeordnetensitze erobern kann. Seit 1979 sind das die Konservativen unter Margret Thatcher, mit einer Mehrheit in den kleinen Wahlkreisen des Südens. Die Proporzmehrheiten im bevölkerungsreichen und verarmten Norden sind politisch machtlos geworden. Wen sollen nun aber die Frau und der Mann auf der Strasse, die nicht vom Wirtschaftsboom profitieren, wählen? «Eine Partei, die gegen Unrecht und Diskriminierungen ist, eine Partei, die die freie Marktwirtschaft anerkennt, die aber staatliche Unterstützung für die Schwachen als unabdingbar betrachtet», meint Sebastian Faulks, Kolumnist des «Independent».
Kontinentaleuropäer erkennen in dieser Kurzbeschreibung die Sozialdemokratie wieder – in Grossbritannien gibt es die aber nicht.
Die SDP von David Owen, dem ehemaligen Labour-Aussenminister gegründet, hatte auch in Koalition mit den Liberalen keine Chance, bei den Wahlen gegen die Riesen Labour und Konservative aufzukommen. Neil Kinnock, seit 1981 Vorsitzender der Labour Party, weiss sehr genau, dass er seine Partei reformieren und auf den Kurs der Sozialdemokratie führen muss. Doch das versuchte er in den letzten sieben Jahren mit nur mässigem Erfolg.
Wie weit entfernt Labour von einer starken sozialdemokratischen Partei ist, die die Macht erobern und verwalten will, hat der Parteitag von Blackpool im Oktober schmerzlich vorgeführt: Es ist sage und schreibe 1988, und Labour zerfleischt sich noch immer selbst, nur um die eine wahre und einzige Ideologie zu bewahren, die längst nicht mehr in die politische Landschaft passt. Mit Marx alleine kann Britanniens Linke keine wählbare Opposition sein.

Die Machtverhältnisse in der Partei

Die Macht in der Partei haben immer noch ein paar Gewerkschaftsbarone, die dank der «block-votes» mit einer satten Mehrheit von 10 zu 1 die Parteidelegierten aus den Sektionen nominieren können. Und weil die Gewerkschaften im Thatcher-England auf der Strecke geblieben sind, wollen sie nun ihre Muskeln innerhalb der Labour Party spielen lassen. Zwar vermochte Kinnock sie bei der Grundsatzabstimmung über ein

neues Parteiprogramm hinter sich zu scharen, doch Ron Todd, Boss der Transport- und Hilfsarbeitergewerkschaft, nutzte den Parteitag von Blackpool, um seine 20 Prozent der Stimmen bei den Detailberatungen schwer gegen Kinnock aufwiegen zu lassen. Zwar hat jetzt Kinnock endlich ein Ja für die Marktwirtschaft, die neben einem starken und solidarischen Staat Platz haben soll, doch dies ist noch lange keine abgesicherte Errungenschaft, auf die die Partei bei ihrer Mitgliederwerbung, die für die parteiinterne Basisdemokratie eminent wichtig ist oder im Wahlkampf, bauen kann. Vielen Delegierten, so wurde in Blackpool offensichtlich, widerstrebt die Idee, dass eine linke Regierung den Kapitalismus verwalten soll, und die Wogen der Emotionen schwappten in der Diskussion hoch. Die Parteireformer mussten sich mehrmals vorwerfen lassen, selber zu Yuppies geworden zu sein.

Doch «diese Diskussion ist müssig, solange Frau Thatcher noch immer an der Macht ist», war von einem Delegierten zu hören. Tatsächlich muss die Partei zuerst einmal die Downing-Street zurückerobern, bevor sie auch nur einen einzigen Programmpunkt in die Tat umsetzen kann. Um so wichtiger wären deshalb klare Mehrheiten für Kinnocks Reformkurs. Während die linken Funktionäre allerdings gar keine Konzessionen an die veränderten Bedingungen in Politik und Gesellschaft machen wollen, übt sich eine kleine Minderheit bereits im Marketing einer Partei – noch bevor das «Produkt» konkurrenzfähig ist. Der Chefredaktor von «Marxism today» zog enttäuscht sein persönliches Fazit: «Ende der sechziger Jahre waren wir die progressiven und innovativen Kräfte, die die Veränderungen der Gesellschaft ausgelöst haben – heute ist die Linke die konservative Kraft, die innovativen und progressiven Leute sind jetzt bei den Konservativen.» Der Labour Party steht noch ein langer Marsch durch die eigenen Institutionen bevor, bis sie die Opposition im Land um sich scharen und veränderungswillige Leute mit Lust an der Macht und sozialem Verantwortungsgefühl an sich binden kann.

Wann entsteht eine sozialdemokratische Partei Europas?

Europapolitik als Hobby?

Von Horst Hartmann

Der sozialdemokratischen Abgeordneten im Europaparlament, Heike Salisch, verdankt die Partei einen vernehmlichen Weckruf. Die Parlamentarierin ist schockiert von Selbstgefälligkeit und leerer Betriebsamkeit im politischen Bereich. Sie wirft grossen Teilen der bundesdeutschen Linken, ihrer Partei und den Gewerkschaften in der Europapolitik «Nachlässigkeit, intellektuelle Borniertheit und sträflichen Leichtsinn» vor. Wenn das keine Gardinenpredigt ist... Nach Überzeugung von Heike Salisch haben sich weder die SPD noch die Gewerkschaften ernsthaft auf die fundamentalen Umgestaltungen durch den geplanten Binnenmarkt der EG eingestellt: «Der Irseer Programmentwurf behandelt die EG jedenfalls nicht als wesentliche Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Politik.»

Heike Salisch bedauert, dass die eigene Partei «den Schritt aus dem Nationalstaat in eine ernstzunehmende übernationale Gemeinschaft bis heute nicht vollzogen» habe. Ohne ein eigenes Konzept, lasse es die Linke zu, dass die Regierungen bei der Gestaltung der EG konservative Politikrezepte anwenden. Mit dem Binnenmarkt könnten neue Steuerungs- und Verteilungsspielräume für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Doch statt das zu erkennen, gingen Oskar Lafontaine und Franz Steinkühler «wie die Kesselflicker aufeinander los», weil «deutsch gedacht» werde und man nicht über den nationalen Tellerrand hinausblicke.

Die Abgeordnete ohne Furcht und Tadel möchte die eigene Partei wachrütteln, denn sie vermag nicht einzusehen, dass die SPD einen der «entscheidensten Einschnitte in unsere staatlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Organisations- und Entscheidungsstrukturen» nur am Rande behandelt. Als grösstes Hindernis wertet Heike Salisch die unterschiedlichen Auffassungen sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien in Fragen wie Atombewaffnung, Umweltschutz, Währungsunion und Gleichstellung der Frauen.

Der SPD-Landesvorsitzende in Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, ging noch einen Schritt weiter als Heike Salisch. Er forderte die Gründung einer sozialdemokratischen Partei auf Europaebene voranzutreiben: «Dies muss das Gegenge-